

**F**ast täglich berichten die Zeitungen von Finanzmarktpaniken, ökonomischen Krisen, politischen Revolten und ökologischen Katastrophen; was tun gegen diesen zum Alltag gewordenen Wahnsinn? Die Gründe für diese politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Turbulenzen hängen eng zusammen mit der Art und Weise, wie auf diesem Planeten die Warenproduktion und -verteilung vonstatten geht. In Anbetracht der ernststen Krise, in der dieses Wirtschaftssystem steckt, ist es nicht nur legitim, sondern dringend notwendig, grundsätzlichere Lösungsansätze für die Umgestaltung der ökonomischen Regulationsweise zu diskutieren.

19 Personen, darunter befinden sich so bekannte Namen wie Oskar Negt und Rudolf Hickel, stellen sich dieser Aufgabe in dem 2011 erschienenen Sammelband „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!“ In 13 Beiträgen widmen sich die Autorinnen und Autoren, die allesamt einen wissenschaftlichen oder gewerkschaftlichen Hintergrund haben, der Frage nach der Sinnhaftigkeit und den Möglichkeiten einer umfassenden Demokratisierung des (Wirtschafts-) Lebens aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Herausgegeben wird das Buch von Hartmut Meine, Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Michael Schumann, Soziologe und Professor (em.) an der Universität Göttingen, und Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

Was ist Wirtschaftsdemokratie? Da sich hinter dem Begriff Wirtschaftsdemokratie oft unterschiedliche Konzepte verbergen, extrahieren Dierk Hirschel/Thorsten Schulten, Hartmut Meine/Uwe Stoffregen sowie Hans-Jürgen Urban in ihren Überblicksbeiträgen die Grundprinzipien der unterschiedlichen Konzeptionen. Der Darstellung von Hirschel/Schulten folgend, geht es erstens um die Demokratisierung aller Ebenen wirtschaftlichen Handelns: vom Betrieb, zur Region, zur Gesamtwirtschaft. Insbesondere auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sei es dabei in den letzten Dekaden zu Versäumnissen gekommen, was sich in der Krise durch die Erpressbarkeit der Politik durch die Finanzwelt offen zeigte. Auch der „Entpolitisierung der Wirtschaftspolitik durch scheinbar ‚unabhängige‘ Institutionen“ (Hirschel/Schulten, S. 91) wie Rating-Agenturen und der Europäischen Zentralbank soll mit demokratischer Kontrolle entgegengewirkt werden. Zweitens wenden sich wirtschaftsdemokratische Konzepte gegen den vermeintlichen Gegensatz von Markt und Staat. Dort, wo Märkte ihre Aufgabe mangelhaft erfüllen, sollten diese durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. Bloß auf den Staat zu setzen, greife aber zu kurz, denn auch die Verstaatlichungspolitik war keine Erfolgsgeschichte. Die weitgehende demokratische Beteiligung der Bevölkerung bietet einen Ausweg aus dieser Dichotomie. Das dritte Grundprinzip betont die Einheit aus politischer und sozialer Demokratie. Denn ein Zuviel an sozialer Unsicherheit und Einkommenskonzentration führt zu Machtkonzentration und bedroht die politische Demokratie.

Innerhalb dieses polit-ökonomischen Rahmens befassen sich die zahlreiche Beiträge mit der Entwicklung von kon-

kreten Eckpunkten einer erweiterten wirtschaftsdemokratischen Mitbestimmung (Meine/Stoffregen und Urban), beschäftigen sich mit Möglichkeiten zu politischen Allianzen zur Durchsetzung solcher Ideen (Hans-Jürgen Urban sowie Michael Schumann/Richard Detje), diskutieren die Chancen für eine nachhaltige und sozial verantwortliche Unternehmenspolitik (Heinz Bierbaum), erläutern die Dimensionen und Implikationen der erweiterten Mitbestimmung bei Volkswagen (Alexandra Baum-Ceisig/Bernd Osterloh) und in spezifischen Industriesektoren (Jutta Blankau/Heino Bade) und -regionen (Dieter Knauß) und thematisieren die Rolle von Wirtschaftsdemokratie in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit (Carsten Maaß/Petra Wolfram).

Insbesondere erwähnenswert ist, dass ökologische Nachhaltigkeitsüberlegungen in diesem Band ernsthaft berücksichtigt werden. Es wird nicht nur in bald jedem Beitrag darauf hingewiesen, dass es sich um eine soziale und ökologische Transformation der Ökonomie handeln sollte, auch widmen sich zwei Beiträge (Kai Burmeister und Thomas Müller) explizit dem „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“. Diese erläutern anhand erhellender Beispiele aus der Praxis, wie gewerkschaftliche Aktivitäten in großen Industriebetrieben zur Etablierung nachhaltigerer Geschäftsbereiche führen können. Als Kritikpunkt diesbezüglich bleibt festzustellen, dass – insbesondere da das Konzept Wirtschaftsdemokratie von den meisten Autorinnen und Autoren sehr umfassend ausgelegt wird – sich eine umfassende Interpretation auch im Bereich der Ökologie anbieten würde. Konkret soll das heißen: Eine Symbiose aus wirtschaftsdemokratischen Überlegungen mit einer Arbeitszeitverkürzungspolitik wäre eine naheliegende und ökologisch sinnvolle Ergänzung dieses Konzepts. Und nicht zuletzt ist genügend Freizeit letztlich auch eine Voraussetzung erweiterter demokratischer Partizipation.

Um eines noch klarzustellen: In den Buchbeiträgen geht es nicht um die Reetablierung klassischer sozialistischer Ideen von selbstverwalteten Betrieben. Vielmehr geht es um vergleichsweise selbstverständliches, nämlich die „politische Entmachtung der Finanzmärkte und die Rückgewinnung des Primats demokratischer Politik“ (Urban, S. 49) und die „Dekommodifizierung des sozialen Lebens“ (Negt, S. 9). Die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung auf den Bereich der Produktion wird dabei erstens als Hebel gesehen, der in den letzten Jahrzehnten stattgefundenen Entmachtung von Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Gewerkschaften einen Riegel vorzuschieben; und zweitens als wichtiger Bestandteil einer attraktiven sozialen und ökologischen Wirtschaftsalternative verstanden (siehe bspw. Burmeister und Müller, Urban und Schumann/Detje).

Dabei wird an eine lange historische Tradition angeknüpft: Wirtschaftsdemokratische Überlegungen spielten in Arbeiterassoziationen seit jeher eine wichtige Rolle, aber auch der liberale britische Ökonom John Maynard Keynes sprach sich in Reaktion auf die ökonomischen Probleme der 1920er und 30er Jahre für die „Sozialisierung von Investitionen“ und die Etablierung von wirtschaftlichen Koordi-



**Hartmut Meine/Michael Schumann/Hans-Jürgen Urban (Hrsg.):  
Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!**

VSA-Verlag, Hamburg 2011,

ISBN 978-3-89965-452-3,  
216 S., 16,80 €

nierungskomitees aus, die dem Parlament verpflichtet sind. In der deutschen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie waren wirtschaftsdemokratische Überlegungen bis in die 1980er Jahre hinein Teil der Reformagenda.

Insgesamt schafft es das Buch, zahlreiche Dimensionen von Wirtschaftsdemokratie anzusprechen und dabei sehr spannende Denkansätze aufzuzeigen. Wirtschaftsdemokratische Überlegungen, das wird bei der Lektüre dieses Buchs deutlich, sind ein bisher viel zu wenig genutzter Hebel für eine – aus offensichtlichen Gründen dringend notwendige – demokratische, soziale und ökologische Umgestaltung unserer Wirtschaft. Gleichzeitig merkt man vielen Beiträgen aber auch an, dass es sich beim Diskussionsgegenstand um ein teilweise noch vages und visionäres Konzept handelt. Beachtenswert ist allerdings, wie viel Literatur zu diesem Thema in den letzten Jahren entstanden ist. Dies lässt darauf schließen, dass insbesondere in den Gewerkschaften und deren Umfeld eine rege Debatte in Gang gekommen ist, wie ein sozial und ökologisch verträgliches Gegenkonzept zum gegenwärtigen „Shareholder-value“-Kapitalismus aussehen kann. Spannend bleibt die Frage, ob und wie dieses entstehende Gegenkonzept Eingang in die (Gewerkschafts-)Politik finden wird. ■

Simon Sturn, Amherst

Seit 20 Jahren hat sich in Deutschland die jahrzehntelange Benachteiligung von Mädchen und jungen Frauen in Schule und Hochschule in einen Chancenvorsprung zuungunsten der Jungen und jungen Männer verwandelt. Diese nicht nur temporäre Umkehr der geschlechtsspezifischen Benachteiligung hat in allen entwickelten Industriegesellschaften stattgefunden. In Deutschland ist sie weniger ausgeprägt als in anderen Ländern. Der von Andreas Hadjar herausgegebene Band versammelt 17 Beiträge, die sich auf vielfältige Weise mit dieser neuen Entwicklung befassen. Erfreulich an dem Band ist die vergleichende Perspektive, die durch die Berücksichtigung schweizerischer, österreichischer und britischer Autoren, aber auch durch den Beitrag des Herausgebers selbst (und seines Kollegen J. Berger) zum Zuge kommt („Geschlechtsspezifische Bildungsungleichheiten in Europa: Die Bedeutung des Bildungs- und Wohlfahrtssystems“).

Die Beiträge sind in drei großen Teilen organisiert: In Teil 1 geht es um die Beschreibung und Erklärung des historischen Prozesses, in dem Mädchen und junge Frauen die Expansion der höheren Bildung besser für sich nutzen konnten als Jungen und junge Männer. In Teil 2 wird innerhalb des allgemeinbildenden Schulsystems genauer untersucht, wie geschlechterspezifische Unterschiede der Kompetenzen, der Schulwahlen, der Noten und der Berechtigungen zu erklären sind. In Teil 3 schließlich stehen „Rückblicke auf die Debatte um geschlechtsspezifische Ungleichheiten und den Bildungsmisserfolg der Jungen“ im Mittelpunkt. Hier werden am ehesten die spannenden normativen und politischen

Fragen erörtert, die sich mit dem Wandel der Bildungschengleichheit zuungunsten der Jungen ergeben.

Die Mehrzahl der Beiträge stammt aus empirischen, quantitativen Forschungsprojekten. Eine Schulstudie aus Bern unternimmt den Versuch, quantitative und qualitative Methoden zu integrieren (Lupatsch, J./Hadjar, A: Determinanten des Geschlechterunterschieds im Schulerfolg; Grünwald-Huber, E./St. Gyin, St./Braun, D.: Wie inszenieren sich Schülerinnen und Schüler im Unterricht?). Dieser Bezug zur spezialisierten Forschung unterscheidet den Band von einer Gesamtdarstellung wie etwa dem jüngst erschienenen, informativen Jahresgutachten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hrsg.): Geschlechterdifferenzen im Bildungssystem. Jahresgutachten 2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009.

Wenn man die Beiträge in Teil 1 und 2 daraufhin befragt, welche geschlechtsspezifischen Ungleichheiten von Bildung sie thematisieren, so liegt der Schwerpunkt auf den verschiedenen Stufen des allgemeinbildenden Schulsystems und der Hochschulen, weniger bei der Vorschulerziehung und der beruflichen Bildung. Zwei Beiträge befassen sich mit geschlechtsspezifischer Ungleichheit in der Grundschule (Neugebauer zur Übergangsempfehlung in der 4. Klasse; Baier/Pfeiffer zum Zusammenhang von Mediennutzung und Schulleistung). Fünf Beiträge untersuchen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I: Leitgöb/Bacher/Lachmayr zur Benachteiligung von Jungen im österreichischen Schulsystem; die beiden schon oben erwähnten Berner Studien von Lupatsch, Hadjar und von Grünwald-Huber et al.; Hascher/Hagenauer zu Wohlbefinden und Emotionen in der Schule; Lazarides/Ittel zum mathematischen Fachinteresse. Einen etwas anderen, jugend- und entwicklungspezifischen Akzent setzen Quenzel/Hurrelmann mit dem Thema Entwicklungsaufgaben und Schulerfolg.

Der Übergang in das Hochschulsystem steht bei drei Aufsätzen im Mittelpunkt (Becker, R./Müller, W.: Bildungsungleichheiten nach Geschlecht und Herkunft im Wandel; Lörz, M./Schindler, St.: Geschlechtsspezifische Unterschiede beim Übergang ins Studium; sowie der schon oben erwähnte Beitrag von Hadjar und Berger zu geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in Europa). Mehrjährige Bildungsverläufe nach Abschluss der Schulpflicht untersuchen Hupka-Brunner, Samuel, Huber und Bergman für die Schweiz.

Wie die Stichworte zu den Aufsatz-Titeln schon andeuten, differenziert die empirische Forschung das zunehmend aus, worin sich Jungen und Mädchen im „Bildungserfolg“ unterscheiden und was zu erklären ist. Den empirisch ausdifferenzierten Befunden stehen populäre und wissenschaftliche Erklärungsmuster gegenüber, die eine Art Ordnung und Sinnhaftigkeit in die Empirie tragen sollen. Eine populäre (in den Medien vielfach zu findende) Erklärung lautet, dass die „Feminisierung“ des Lehrerberufes den Chancenvorteil von Mädchen und jungen Frauen bei den Berechtigungen und bei den Schulnoten verursacht habe. „Feminisierung“ meint dabei den wachsenden Anteil weiblicher



HADJAR, ANDREAS (HRSG.):  
GESCHLECHTSSPEZIFISCHE  
BILDUNGSUNGLEICH-  
HEITEN

VS Verlag für  
Sozialwissenschaften,  
Wiesbaden 2011,

ISBN 978-3-531-17288-0,  
453 Seiten, 34,95 €